

## **Kap.4** Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.5. Kapitel IV - Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

### **Antragstext**

1 Das Eintreten für eine lebendige Demokratie, eine vielfältige und offene  
2 Gesellschaft sowie einen starken Rechtsstaat ist eine gesellschaftliche und  
3 politische Kernaufgabe. Demokratie darf nicht als selbstverständlich hingenommen  
4 und ihr Schutz nicht als bloße Privatsache ausschließlich in die Hände der  
5 Zivilgesellschaft gelegt werden. Der Maßstab und Auftrag politischen Handelns  
6 ist das universelle Versprechen des Grundgesetzes für Menschenwürde, Freiheit,  
7 Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Schutz vor Diskriminierung. Wir GRÜNEN  
8 wollen in den kommenden Jahren für einen starken Rechtsstaat, ein Niedersachsen  
9 der Teilhabe, der Integration, der Gleichstellung und der Vielfalt eintreten.

#### **10 Niedersachsen weiterdenken – vielfältig und offen**

11 Niedersachsen ist ein weltoffenes und vielfältiges Land, dass aktuell wie auch  
12 schon 2015/2016 eine große Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten zeigt. Ein  
13 weltoffenes und vielfältiges Niedersachsen bedeutet für uns, dass die  
14 Menschenwürde für alle Menschen gilt, unabhängig von ihrer Herkunft, und dass  
15 wir Menschen dementsprechend begegnen. Es bedeutet, ihnen so schnell wie möglich  
16 die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Und es bedeutet, dass in einer  
17 Gesellschaft, die ethnisch, sprachlich und kulturell vielfältiger wird,  
18 öffentliche Institutionen diese Vielfalt widerspiegeln und alle Menschen die  
19 gleichen Teilhabechancen erhalten.

20 Ein Zusammenleben in Vielfalt kann aber nur durch kontinuierliches Engagement  
21 erreicht werden. Viele wichtige Angebote zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher  
22 und politischer Teilhabe, die vor allem auf GRÜNES Betreiben hin geschaffen  
23 worden waren, hat die rot-schwarze Landesregierung jedoch in den letzten Jahren  
24 auslaufen lassen. Diese fehlen jetzt und müssen schnellstmöglich wieder auf- und  
25 ausgebaut werden. Nur so können wir den vielen Menschen aus der Ukraine, aber  
26 auch denen, die aus anderen Regionen vor Krieg, Gewalt und Terror zu uns  
27 flüchten, eine echte Perspektive bieten.

#### **28 Niedersachsen als sicherer Hafen**

29 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen stehen dafür, dass Niedersachsen ein  
30 sicherer Hafen für Menschen ist, die vor Not, Gewalt, Krieg und Vertreibung zu  
31 uns fliehen. SPD und CDU haben das unter rot-grün geschaffene  
32 Landesaufnahmeprogramm auslaufen lassen – das wollen wir wieder neu aufleben  
33 lassen. Wir unterstützen Kreise und kreisfreie Städte, die über ihre Kontingente  
34 hinaus Geflüchtete aufnehmen wollen. Im Bundesrat treten wir dafür ein, den  
35 Paragraphen 23 des Aufenthaltsgesetzes so zu ändern, dass Bundesländer eigene  
36 Aufnahmeprogramme selbstständig und ohne Zustimmung durch das  
37 Bundesinnenministerium beschließen können.

38 Wir setzen uns für eine zügige dezentrale Unterbringung neu angekommener  
39 Geflüchteter und den schnellstmöglichen Zugang zu Beratungs- und  
40 Integrationsangeboten (vor allem Sprachkursen) ein. Alle Geflüchteten sollen  
41 möglichst bald nach ihrer Ankunft ein erstes Orientierungsangebot bekommen (z.  
42 B. Wegweiserkurse). Den Ablauf von der Ankunft bis zur Unterbringung in den  
43 Kommunen wollen wir durch ein integriertes Aufnahmemanagement verbessern. Die  
44 Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen soll drei Monate nicht  
45 überschreiten. Dabei legen wir hohe Mindeststandards für die Unterbringung in  
46 Geflüchtetenunterkünften fest, die unabhängig überprüft werden (Heim-TÜV). Einen  
47 besonders hohen Stellenwert hat dabei für uns die Sicherstellung des  
48 Schulbesuchs von Kindern und Jugendlichen.

49 Die besonderen Bedürfnisse von allein fliehenden Frauen, Familien mit Kindern  
50 und LSBTIQ-Personen sowie Menschen mit Behinderung müssen dabei berücksichtigt  
51 werden. Die Asylverfahrensberatung werden wir an allen Standorten durchgängig  
52 sicherstellen. Sie soll neutral und unabhängig durch freie Trägerorganisationen  
53 durchgeführt werden. Die ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit wollen wir besser  
54 unterstützen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) werden wir durch  
55 verbindliche, am Kindeswohl orientierte Aufnahmerichtlinien besser schützen.  
56 Maßstab ist hierbei für uns das Jugendhilferecht. Grundsätzlich setzen wir uns  
57 für einen gleichberechtigten Zugang geflüchteter Kinder und Jugendlicher zum  
58 Kinder- und Jugendhilfesystem ein. Fragwürdige Verfahren der behördlichen  
59 „Altersfestsetzung“ lehnen wir ab und wollen nach dem Grundsatz „Im Zweifel für  
60 das Kindeswohl“ handeln. Eine Abschiebung junger Menschen im Geltungsbereich des  
61 Jugendhilferechts lehnen wir ab. Die Möglichkeiten zum nachträglichen Erwerb  
62 eines Schulabschlusses für junge Geflüchtete bis 25 Jahre werden wir deutlich  
63 verbessern. Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete die Regelschule besuchen.

64 Die Versorgung von traumatisierten und psychisch erkrankten Geflüchteten werden  
65 wir deutlich verbessern. Alle Migrant\*innen sollen unabhängig von ihrem  
66 Aufenthaltsstatus einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer  
67 Versorgung erhalten – etwa durch die Gesundheitskarte für alle. Für  
68 illegalisierte Migrant\*innen schaffen wir geschützte Möglichkeiten, ohne Angst  
69 vor Abschiebung medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen – zum Beispiel nach dem  
70 bereits gut erprobten Modell Anonyme Krankenscheine. Die gesundheitliche  
71 Aufklärung werden wir verbessern. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine  
72 Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein, um Geflüchteten den  
73 gleichberechtigten Zugang zu den regulären Unterstützungsangeboten des  
74 Sozialstaates zu ermöglichen. Zur Unterstützung queerer Geflüchteter wollen wir  
75 öffentliche Stellen gezielt sensibilisieren und besondere Angebote schaffen.

76 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Eine unfreiwillige  
77 Rückführung oder Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss die  
78 Ausnahme sein und bedarf in jedem Fall einer umfassenden Einzelfallprüfung.  
79 Dabei kommt in der Abwägung den Folgen für Familienangehörige besonderes Gewicht  
80 zu. Eine Abschiebung ist auszuschließen, wenn Gewalt oder unzumutbare  
81 Lebensumstände drohen, z. B. durch bewaffnete Konflikte im Land. Wir setzen uns  
82 für einen generellen Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebiete ein.  
83 Abschiebehaft ist aus unserer Sicht in aller Regel kein verhältnismäßiges Mittel  
84 zur Durchsetzung einer Ausreisepflicht. Ihre Beantragung soll allenfalls in  
85 definierten Ausnahmefällen mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörde möglich  
86 sein. Alternativen sind zwingend zu prüfen. Die Beratung zur freiwilligen  
87 Rückkehr wollen wir in die unabhängigen Hände freier Trägerorganisationen geben.

## 88 Teilhabe und Integration als Daueraufgabe

89 Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Die Menschen, die hierherkommen,  
90 bereichern Niedersachsen auf vielfältige Weise und tragen nicht nur zum  
91 wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch zum kulturellen Reichtum des Landes  
92 bei. CDU und SPD haben mit ihrer Politik gezeigt, dass sie die Chancen des  
93 Einwanderungslandes Niedersachsen nicht verstanden haben und kaum etwas dafür  
94 getan haben, sie zu nutzen. Die Ausländerbehörden wollen wir zu  
95 Willkommensbehörden weiterentwickeln, die eng mit den zivilgesellschaftlichen  
96 Einrichtungen der Migrationsarbeit kooperieren. Mit einem neuen Gesetz für  
97 Integration und Teilhabe sichern wir den Zugang zu Bildung, Ausbildung,  
98 Beschäftigung und politischer Mitbestimmung in der Einwanderungsgesellschaft.  
99 Darüber hinaus legen wir ein neues Handlungsprogramm Teilhabe auf, um für alle  
100 Zielgruppen einen besseren Zugang zu Integrationsangeboten zu schaffen,  
101 insbesondere zu Sprachkursen. Vielerorts muss hierzu das Angebot ausgeweitet und  
102 die Finanzierung gesichert werden. Migrant\*innenselbstorganisationen –  
103 insbesondere von Jugendlichen – wollen wir besser unterstützen.

104 Wir starten eine Einbürgerungskampagne, um mehr Menschen den Erwerb der  
105 deutschen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Über Bundestag und Bundesrat setzen  
106 wir uns dafür ein, Einbürgerungen weiter zu erleichtern. Wir setzen uns darüber  
107 hinaus für eine Wahlrechtsreform ein, die allen Menschen unabhängig von ihrer  
108 Staatsangehörigkeit das kommunale Wahlrecht einräumt, wenn sie seit mindesten  
109 drei Jahren hier leben.

110 Kettenduldungen wollen wir in Niedersachsen beenden und Menschen, die zum Teil  
111 seit vielen Jahren ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bei uns leben, einen Weg  
112 zu einem dauerhaften Bleiberecht eröffnen. Hierfür schöpfen wir die  
113 Ermessensspielräume des bestehenden Aufenthaltsrechts aus (z. B. Stärkung der  
114 Härtefallkommission) und setzen uns auf Bundesebene für eine Liberalisierung des  
115 Aufenthaltsgesetzes ein. Wir unterstützen das Grundsatzbekenntnis der neuen  
116 Bundesregierung zum humanitären Bleiberecht und unterstützen die zügige  
117 Umsetzung. Projekte wie Wege ins Bleiberecht wollen wir weiterentwickeln, um  
118 Menschen auf dem Weg zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus weiter zu  
119 unterstützen.

## 120 In Vielfalt zusammenleben

121 Wir wollen unsere öffentlichen Einrichtungen, die Bildungseinrichtungen und die  
122 Polizei fit machen für die vielfältige Gesellschaft. Bei Polizei und  
123 Sicherheitsbehörden bedeutet eine interkulturelle Öffnung auch, dass manche  
124 Vorgehensweise kritisch hinterfragt und die Aus- und Weiterbildung angepasst  
125 werden muss (vgl. Starker Rechtsstaat). Für unsere Bildungseinrichtungen wollen  
126 wir gezielt Lehrer\*innen und Erzieher\*innen mit Migrationsgeschichte gewinnen,  
127 dort zusätzliche Angebote für muttersprachlichen Unterricht schaffen – zum  
128 Beispiel auch in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern – und das  
129 Fremdsprachenangebot an Schulen ausweiten. Für Lehrer\*innen und Erzieher\*innen  
130 brauchen wir mehr Fortbildungsangebote zur Förderung der Diversity- Kompetenz.  
131 Die Behandlung der Kolonialgeschichte und Rassismuskritik wollen wir stärker in  
132 den Lehrplänen verankern und Lehrbücher entsprechend überarbeiten (vgl.  
133 Niedersachsen macht Schule). Wir fördern gezielt eine Kultur der  
134 gesellschaftlichen Vielfalt. Dazu schaffen wir ein Landesprogramm für die  
135 Wertschätzung einer Kultur der Vielfalt, in dessen Rahmen beispielsweise

136 Diversity-Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter\*innen stattfinden (vgl. Ein  
137 Staat, der funktioniert).

138 Den interreligiösen Dialog wollen wir weiter fördern. Wir streben einen Vertrag  
139 mit den islamischen Glaubensgemeinschaften an, um beispielsweise  
140 Religionsunterricht, Imam-ausbildung und Seelsorge auf eine neue Grundlage zu  
141 stellen. Minderheitensprachen wie Romanes wollen wir gezielt fördern. Mit den  
142 Dachverbänden der Sinti und Roma streben wir eine dauerhafte Anerkennung und  
143 Förderung auf vertraglicher Grundlage an. Die Mittelkürzungen von  
144 Förderprogrammen für zivilgesellschaftliche Vereine wie die der Sinti\*zze und  
145 Rom\*nja werden wir wieder zurücknehmen.

146 Wir verbessern die Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant\*innen, die heute zum  
147 Teil unter unzumutbaren Bedingungen beispielsweise in Schlachthöfen beschäftigt  
148 werden. Hierzu werden wir Mindeststandards definieren, Kontrollen ausweiten und  
149 Strukturen des organisierten Menschenhandels mit den Mitteln des Rechtsstaates  
150 systematisch bekämpfen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen, Sozial und ökologisch  
151 bauen und wohnen). In vielen Ländern der Welt werden elementare Menschenrechte  
152 missachtet. Die Regierungen dieser Länder gehen oftmals gezielt gegen die  
153 Menschen vor, die sich in besonderer Weise für die Einhaltung der Menschenrechte  
154 dort einsetzen. In solchen Fällen kann es notwendig sein, dass diese  
155 Menschenrechtsaktivist\*innen (MRV) für einen begrenzten Zeitraum außer Landes  
156 gehen, um einer akuten Bedrohungssituation zu entgehen und neue Kräfte zu  
157 sammeln. Wir wollen erreichen, dass Niedersachsen ähnlich wie z. B. Nordrhein-  
158 Westfalen ein entsprechendes Schutzprogramm für MRV und politisch Verfolgte  
159 einrichtet. Im Rahmen eines Stipendiums für einzelne MRV soll es möglich werden,  
160 deren Auszeit in Niedersachsen für einen begrenzten Zeitraum zu sichern.  
161 Niedersachsen kann damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte  
162 weltweit leisten.

### 163 **Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen**

164 Ein demokratischer Rechtsstaat braucht eine moderne Polizei und eine starke  
165 Justiz, die für alle Bürger\*innen gleichermaßen zugänglich ist. Sicherheit, die  
166 Freiheit von Angst und Gewalt, ist eine unverzichtbare Voraussetzung einer  
167 offenen Gesellschaft. Niedersachsens Polizei und Justiz stehen vor großen  
168 Herausforderungen. Wir GRÜNEN haben bis 2018 wichtige Reformen auf den Weg  
169 gebracht, um Niedersachsens Polizei und Justiz zukunftsfähig zu machen. An diese  
170 werden wir anknüpfen und verlorene Zeit aufholen.

### 171 **Moderne Polizeiarbeit im liberalen Rechtsstaat**

172 Unsere Polizei leistet täglich wichtige Arbeit für die Sicherheit aller  
173 Niedersächs\*innen. Wir GRÜNEN wollen, dass die Personalausstattung, die  
174 Ausbildung, die Organisation und die Ausstattung mit Einsatzmitteln und  
175 (digitaler) Infrastruktur unserer Polizei den aktuellen Anforderungen und  
176 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit entsprechen. Diese haben  
177 sich in den letzten Jahren stark gewandelt – nicht immer haben Ausbildung und  
178 Ausstattung mit den Entwicklungen Schritt gehalten. Zu oft wurden  
179 Eingriffsrechte ausgeweitet, wo es vor allem erforderlich gewesen wäre, die  
180 Polizei für ihre neuen Aufgaben angemessen auszustatten und auszubilden. Zu  
181 diesem Zweck rufen wir eine Strukturkommission Moderne Polizeiarbeit ins Leben,  
182 die konkrete Empfehlungen erarbeitet.

183 Im Zuge der Modernisierung werden wir auch die rechtlichen Grundlagen der  
184 Polizeiarbeit überarbeiten, insbesondere das stark kritisierte Niedersächsische  
185 Polizeigesetz. Besonders kritisch sehen wir GRÜNEN die Ermöglichung eines  
186 Unterbindungsgewahrsams von bis zu 35 Tagen, die Ausweitung des Einsatzes von  
187 Tasern und den Einsatz von Bodycams in seiner jetzigen Form. Wir werden  
188 überprüfen, ob sich die ausgeweiteten Kompetenzen als wirksam erwiesen haben,  
189 eine Neubewertung ihrer Verhältnismäßigkeit durchführen und die  
190 Eingriffsbefugnisse der Polizei wieder am Maß des tatsächlich Erforderlichen  
191 ausrichten. Für zukünftige Reformen im Sicherheitsbereich streben wir einen  
192 Wirksamkeits-Check an, um die Verhältnismäßigkeit von Reformen auf der Basis  
193 konkreter Erfahrungen besser beurteilen und bei Bedarf nachsteuern zu können.

194 Wir wollen die Stelle eine\*r unabhängigen, parlamentarisch bestimmten  
195 Polizeibeauftragte\*n schaffen, die\*der die Belange der Polizist\*innen gegenüber  
196 Regierung und Parlament ebenso vertritt wie sie\*er im Konfliktfall  
197 Ansprechpartner\*in für Bürger\*innen sein kann. Polizist\*innen sollen die  
198 Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von der dienstlichen Hierarchie an die\*den  
199 Polizeibeauftragte\*n zu wenden. Mindestens einmal im Jahr soll die\*der  
200 Polizeibeauftragte einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Die Stelle  
201 muss personell ausreichend ausgestattet sein, um ihre vielfältigen Aufgaben  
202 unabhängig – insbesondere gegenüber dem Innenministerium – wahrnehmen zu können.

203 Die Versammlungsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Deshalb verbessern wir den  
204 Rechtsschutz insbesondere für Teilnehmer\*innen von Demonstrationen und stärken  
205 das Vertrauen in die rechtsstaatliche Arbeitsweise der Polizei. Wir führen eine  
206 anonymisierte Kennzeichnung für Bereitschaftspolizist\*innen ein, die eine  
207 nachträgliche Identifikation von Beamt\*innen erleichtert und zugleich ihrem  
208 legitimen Bedürfnis nach Persönlichkeitsschutz Rechnung trägt.

209 Die EU-Datenschutz-Richtlinie für die Bereiche Justiz und Inneres werden wir  
210 vollständig umsetzen. Für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum schaffen wir  
211 klare und transparente Regeln, um die Rechte jeder\*s Einzelnen zu schützen.  
212 Hierzu zählen für uns insbesondere ein öffentliches Videokataster und genau  
213 festgeschriebene Zugangsvoraussetzungen für die Sicherheitsbehörden.

214 Wir wollen die Polizeiarbeit stärker auf einer wissenschaftlichen Grundlage  
215 aufbauen und die kriminologische Forschung stärken. Im Zuge dessen streben wir  
216 die Ergänzung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) durch einen regelmäßigen  
217 kriminologischen Sicherheitsbericht an, um die Perspektive auszuweiten und  
218 Handlungsbedarfe früher und besser zu erkennen. Ein Fokus dieser  
219 Sicherheitsberichterstattung sollen Delikte sein, die sich gegen besonders  
220 verletzbare Personen richten und mutmaßlich vergleichsweise selten zur Anzeige  
221 gebracht werden.

## 222 **Polizei in einer bunten Gesellschaft**

223 Unsere Polizist\*innen sind in ihrer Arbeit häufig erheblichen Belastungen  
224 ausgesetzt. Da die Niedersächsische Polizei personell nicht ausreichend  
225 ausgestattet ist, schieben die Beamt\*innen einen Überstundenberg von rund 1,5  
226 Millionen Arbeitsstunden vor sich her. Dabei ist die Arbeit von Polizei und  
227 Sicherheitsbehörden unerlässlich für den Bestand einer offenen Gesellschaft. Sie  
228 sind jedoch auch selbst ein Abbild der Gesellschaft: Gruppenbezogene  
229 Zuschreibungen und rassistische Stereotype existieren hier wie in den  
230 allermeisten Organisationen und Institutionen. Aufgrund der speziellen Rolle der  
231 Polizei ist dabei besondere Sensibilität gefragt. Kein anderes Organ ist in so

232 direkter Weise mit der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols befasst. Für  
233 menschenfeindliche Haltungen kann es in den Reihen der Polizei keinerlei  
234 Toleranz geben. Dies vorzuleben, ist auch und vor allem Aufgabe der  
235 Polizeiführung.

236 Wir setzen uns dafür ein, dass die polizeiliche Praxis kontinuierlich durch die  
237 Wissenschaft begleitet und kritisch untersucht wird. Die Politik braucht  
238 frühzeitige und unabhängige Erkenntnisse über mögliche Fehlentwicklungen, zum  
239 Beispiel beim Einsatz von unmittelbarem Zwang. In der Aus- und Weiterbildung von  
240 Polizist\*innen, insbesondere von Führungskräften, wollen wir einen Schwerpunkt  
241 auf die Vermittlung von politischer Bildung, interkultureller und Diversity-  
242 Kompetenz legen. Racial Profiling ist verboten. Bestimmte polizeiliche  
243 Praktiken, etwa verdachtsunabhängige Kontrollen, müssen in der täglichen Arbeit  
244 fortlaufend auch daraufhin kritisch reflektiert werden. Dies ist eine besondere  
245 Herausforderung für polizeiliche Führungskräfte.

246 Rechtsextremismus darf innerhalb der Polizei keinen Platz haben. Mit den  
247 Projekten Polizeischutz für die Demokratie und den Strategiepat\*innen für  
248 Demokratie verfügt die Polizei Niedersachsen über ein Netzwerk und Strukturen,  
249 die entscheidende Beiträge leisten, um zu verhindern, dass sich  
250 Rechtsextremismus in der Niedersächsischen Polizei flächendeckend ausbreiten  
251 kann. Polizeiführung und -gewerkschaften zeigen eine klare Haltung gegen  
252 Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Gerade deshalb sind die  
253 Voraussetzungen in Niedersachsen günstig, mit einem umfassenden  
254 Präventionskonzept die demokratische Resilienz der Polizei weiter zu stärken.

#### 255 **Reform des Verfassungsschutzes in den Fokus nehmen**

256 Inlandsgeheimdienste wie der niedersächsische Verfassungsschutz stellen in einem  
257 demokratischen Rechtsstaat stets eine Herausforderung dar, da sie sich  
258 öffentlicher Kontrolle entziehen und nicht an die strikten rechtsstaatlichen  
259 Verfahrensgrundsätze der Strafverfolgung gebunden sind. Die Ausweitung der  
260 Kompetenzen des Verfassungsschutzes, die SPD und CDU 2021 beschlossen haben –  
261 etwa den erleichterten Einsatz von V-Leuten oder die Beobachtung Minderjähriger  
262 – lehnen wir ab. Zugleich erkennen wir an, dass der Staat auf eigene  
263 Erkenntnisse über demokratiefeindliche, insbesondere rechtsextreme Strukturen  
264 angewiesen ist.

265 Im Bewusstsein für den schwierigen Balanceakt zwischen Rechtsstaatlichkeit und  
266 dem öffentlichen Interesse an Information, wollen wir GRÜNEN den Reformprozess  
267 des Verfassungsschutzes fortsetzen, den wir in Regierungsverantwortung  
268 eingeleitet haben. Dabei legen wir weiterhin besonderen Wert auf die  
269 verfassungsrechtlich gebotene strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten  
270 sowie die Begrenzung ihrer Eingriffsbefugnisse auf das erforderliche Maß. Den  
271 Rechtsschutz für beobachtete Personen und die parlamentarische Kontrolle werden  
272 wir stärken – auch durch eine bessere Vernetzung der jeweiligen Kontrollgremien  
273 des Bundes und der Länder.

#### 274 **Katastrophenschutz krisenfest machen**

275 Nicht zuletzt die Folgen des Klimawandels stellen neue Anforderungen an den  
276 Katastrophenschutz. Extreme Wetterlagen, Überschwemmungen und Brände werden in  
277 den kommenden Jahren zunehmen. Aber auch die neue Weltlage wie der Angriffskrieg  
278 gegen die Ukraine macht eine Verstärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes  
279 notwendig: moderne Alarmierungssysteme, eine Bevorratung mit Notfallmaterialien

280 und auch schnelle Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten. Zugleich ist es gerade  
281 der Katastrophenschutz, der stark von ehrenamtlichem Engagement getragen wird  
282 und bei der Suche nach Nachwuchs durch den demographischen Wandel vor  
283 Herausforderungen gestellt wird – beispielsweise bei der Feuerwehr. Wir GRÜNEN  
284 halten darum zusätzliche massive Investitionen in den Katastrophenschutz für  
285 erforderlich. Die Landesregierung aus SPD und CDU hat es hier in den letzten  
286 Jahren versäumt, die erforderlichen Mittel zur Umsetzung der landesweiten  
287 Katastrophenschutzstrategie bereitzustellen. Diese Vorsorgelücke müssen wir  
288 schließen und neben Investitionen in Ausstattung und Material auch Strategien  
289 für den vorbeugenden Katastrophenschutz fördern. Die Attraktivität des haupt-  
290 und ehrenamtlichen Dienstes bei der Feuerwehr wollen wir verbessern und mehr  
291 Frauen und Migrant\*innen dafür gewinnen. Darüber hinaus wollen wir eine  
292 Taskforce Moor- und Waldbrand einrichten und in Zusammenarbeit mit den Kommunen  
293 und Feuerwehren ein niedersächsisches Waldbrandkonzept erarbeiten. Dabei  
294 verfolgen wir die Strategie, durch den Umbau von Nadel- zu Mischwäldern und die  
295 Wiedervernässung von Mooren diese widerstandsfähiger gegen Brände zu machen und  
296 die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.

### 297 **Zugänge zur Justiz vereinfachen – Digitalisierung stärken**

298 Wir GRÜNEN wollen den Zugang zum Recht vereinfachen. Wir bauen den Bürgerservice  
299 an unseren Amtsgerichten aus und stärken die Beratungshilfe. Die Corona-Pandemie  
300 hat die Defizite der Digitalisierung in der Justiz deutlich gemacht. Wir machen  
301 das digitale Arbeiten sowohl im Sitzungssaal als auch im Büro zu einer  
302 Selbstverständlichkeit. Dabei müssen höchste Sicherheitsstandards Anwendung  
303 finden und klare Regelungen zum Schutz der Beschäftigten gelten. Auch der Zugang  
304 zur Justiz für die Bürger\*innen und die Gerichte muss digitaler werden. Bündnis  
305 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen unterstützen das Ziel der neuen Bundesregierung,  
306 Möglichkeiten zu schaffen, Verhandlungen online durchzuführen und  
307 Kleinforderungen in bürgerfreundlichen digitalen Verfahren einfacher gerichtlich  
308 durchzusetzen. Wir bauen dafür die digitale Kompetenz unserer Richter\*innen aus,  
309 statten die Gerichte mit angemessener Technik aus und intensivieren den Einsatz  
310 bürgerfreundlicher Onlinemodule. Den Einsatz von modernen Instrumenten wie  
311 Künstlicher Intelligenz (KI), Legal Tech und Algorithmenbasierten  
312 Entscheidungsprozessen (ADM) in der Praxis bringen wir voran und begleiten die  
313 regulative Ausgestaltung auf Bundes- und EU-Ebene kritisch. Insbesondere in  
314 zukünftigen Massenverfahren – wie aktuell etwa beim Dieselabgasskandal – können  
315 diese zu einer spürbaren Entlastung der Gerichte beitragen.

### 316 **Justiz entlasten und Fachkompetenzen bündeln**

317 Wir GRÜNEN machen Strafverfahren noch effektiver, schneller, moderner und  
318 praxistauglicher, ohne die Rechte der Beschuldigten und deren Verteidigung zu  
319 beschneiden. Bagatelldelikte wie etwa Cannabiskonsum zum Eigengebrauch,  
320 Beförderungerschleichung und Containern müssen nicht mit dem Strafrecht  
321 bekämpft werden. Hier unterstützen wir niedersächsischen GRÜNEN das Vorhaben der  
322 Ampelkoalition im Bund, das Strafrecht kritisch zu überprüfen und zu  
323 modernisieren. Ersatzfreiheitsstrafen sind unnötig kostenintensiv und sozial  
324 ungerecht. Um sie zu vermeiden, stärken wir z. B. das Programm Schwitzen statt  
325 sitzen, bei dem Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit abgewendet  
326 werden können. Das entlastet die Polizei sowie Vollstreckungs- und  
327 Vollzugsbehörden. Verbrechen darf sich nicht lohnen: Dort, wo mit Straftaten  
328 Geld verdient wird, wenden wir Maßnahmen wie Vermögensabschöpfung und  
329 Beschlagnahmung von mit gewaschenem Geld erworbenen Immobilien konsequent an und

330 statten die Staatsanwaltschaften mit dem dafür benötigten Personal aus. Zur  
331 Stärkung des Rechtsstaates wollen wir wie in Berlin einen rund um die Uhr  
332 erreichbaren richterlichen Bereitschaftsdienst etwa bei Abschiebungen,  
333 Hausdurchsuchungen oder anderen polizeilichen Maßnahmen einrichten.

334 Die Bündelung von Fachkompetenzen in Schwerpunktstaatsanwaltschaften ist ein  
335 geeignetes Instrument zur Entlastung und stärkeren Professionalisierung der  
336 Strafverfolgung. Nicht in allen Themenbereichen müssen diese jedoch sinnvoll  
337 sein. Daher werden wir die bestehenden Staatsanwaltschaften evaluieren und ein  
338 Gesamtkonzept für die Schwerpunktstaatsanwaltschaften entwickeln.

### 339 **Resozialisierung in den Mittelpunkt – Offenen Vollzug stärken**

340 Kernpunkt unserer GRÜNEN Vollzugsstrategie ist die Resozialisierung. Wir setzen  
341 einen Fokus auf Maßnahmen, die dazu dienen, ein straffreies Leben nach dem  
342 Vollzug zu unterstützen. Neben medizinischer Behandlung, insbesondere von  
343 Suchterkrankungen, und Drogenprävention braucht guter Vollzug vielfältige  
344 Angebote für ein aktives Gemeinschaftsleben und ein breites Angebot zur Aus-,  
345 Fort- und Weiterbildung. Wir GRÜNEN stärken die Nutzung spezifischer digitaler  
346 Angebote und Lernplattformen. Den offenen Vollzug für geeignete Inhaftierte  
347 bauen wir aus. Er erfüllt wichtige Funktionen bei der Entlassungsvorbereitung  
348 und Resozialisierung sowie trägt zur Stabilisierung sozialer und familiärer  
349 Beziehungen bei. Um psychosoziale Behandlungserfolge aus dem Justizvollzug zu  
350 sichern, bedarf es einer erfolgreichen Anschlussbetreuung. Dazu werden wir  
351 Justizvollzug und Bewährungshilfe wieder stärker verzahnen. Dies schützt die  
352 Gesellschaft und die Täter\*innen davor, rückfällig zu werden.

### 353 **Attraktiver Arbeitgeber Justiz: Vielfalt in der Justiz stärken**

354 Niedersachsens Justiz steht vor einem Generationenwechsel. Es gilt, auf allen  
355 Ebenen qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Wichtig ist dabei: Die Justiz muss  
356 diverser werden. Jurist\*innen mit Migrationshintergrund werden noch zu selten  
357 Richter\*innen und Staatsanwält\*innen. Mit Hilfe von gezielten  
358 Personalgewinnungs- und Entwicklungsmaßnahmen machen wir GRÜNEN eine Karriere in  
359 der Justiz von der Wachtmeister\*in bis zur Gerichtspräsident\*in für breitere  
360 Bevölkerungsgruppen attraktiv. Auch bei den ehrenamtlichen Richter\*innen und  
361 Schöff\*innen sorgen wir für mehr Diversität und machen Vorbilder sichtbar. Die  
362 Besoldung von Justizwachtmeister\*innen und Bediensteten im Strafvollzug wollen  
363 wir verbessern.

364 Der Zugang zum Richter\*innenamt muss von mehr als der Examensnote abhängen.  
365 Außer-fachliche Kompetenzen und einschlägige Berufserfahrung werden wir höher  
366 gewichten. Wir öffnen neue Karrierewege für Quereinsteiger\*innen und bauen  
367 Zugangshürden ab. Wir GRÜNEN haben lange für das Referendariat im Teilzeit  
368 gekämpft – ab 2023 ermöglicht das Bundesrecht dies nun endlich. Wir schaffen die  
369 Rahmenbedingungen dafür, dass dies in Niedersachsen schnell und flächendeckend  
370 umgesetzt wird. Innovationen im Jurastudium, wie die Einführung von digitalen  
371 Examen, treiben wir voran. Der Pakt für den Rechtsstaat zwischen Bund und  
372 Ländern ist ein Erfolgsmodell. Wir beteiligen uns auch zukünftig daran und  
373 stellen sicher, dass alle Bereiche der Justiz mit den notwendigen Personal- und  
374 Sachmitteln ausgestattet werden. Gute Arbeitsbedingungen in der Justiz haben für  
375 uns Priorität. Dazu zählen auch umfassende fachliche und außerfachliche  
376 Qualifizierungsangebote. Diese bauen wir aus, beispielsweise in den Bereichen  
377 interkulturelle Kompetenz und Diversity, Demokratieförderung und  
378 Extremismusprävention. Im Vollzug fehlen schon jetzt viele Fachkräfte. Wir



379 GRÜNEN starten eine groß angelegte Ausbildungsinitiative und machen die  
380 vielfältigen beruflichen Möglichkeiten im Vollzug bekannter – denn guter Vollzug  
381 braucht gutes Personal.

### 382 **Prävention und Opferschutz stärken**

383 Jede Straftat, die nicht begangen wird, ist ein Erfolg. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
384 rücken Präventionsmaßnahmen wieder stärker in den Fokus der Innen- und  
385 Rechtspolitik, stärken die wichtige Arbeit des Landespräventionsrats und  
386 erarbeiten gemeinsam mit Kommunen, Polizei und Zivilgesellschaft eine  
387 Gesamtpräventionsstrategie für Niedersachsen.

388 Nach begangenen Straftaten liegt der Fokus häufig auf den Täter\*innen –  
389 Opferschutz kommt oft zu kurz. Die Opferperspektive muss bei der Durchführung  
390 der Strafverfahren stärker berücksichtigt werden. Wir GRÜNEN werden  
391 Strafverfahren bei Gewaltdelikten beschleunigen sowie Möglichkeiten zur  
392 audiovisuellen Vernehmung von Opferzeug\*innen und Fortbildungsangebote für  
393 Richter\*innen und Staatsanwält\*innen ausbauen – z. B. im Bereich kindgerechte  
394 Vernehmung. Initiativen, die Betroffene von Straftaten unterstützen, fördern  
395 wir. Auch in einem Flächenland wie Niedersachsen muss es möglichst wohnortnahe  
396 Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für alle Betroffenen geben. Digitale  
397 Angebote können eine gute Ergänzung sein.

### 398 **Hasskriminalität bekämpfen**

399 Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns in der Bekämpfung von Hasskriminalität  
400 – beispielsweise auf Grund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der  
401 Religionszugehörigkeit oder rassistischer Zuschreibungen (vgl. In Vielfalt  
402 zusammenleben). In den letzten Jahren haben diese Delikte stark zugenommen.  
403 Deshalb werden wir GRÜNEN bei der Polizei und Justiz Ressourcen für die Aufnahme  
404 und Aufklärung dieser Straftaten ausbauen und beispielsweise die Zentralstelle  
405 zur Bekämpfung von Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Göttingen  
406 stärken. Ein großer Teil von Hasskriminalität findet heute online statt oder  
407 wird online vorbereitet. Es geht hierbei etwa um schwerste Beleidigungen bis hin  
408 zu Morddrohungen, die digital unter dem Deckmantel der Anonymität geäußert  
409 werden, aber auch um die Radikalisierung von Einzelpersonen in Onlineforen und  
410 Chatgruppen.

411 Zur wirksamen Bekämpfung von Kriminalität im Internet, die weit über  
412 Hasskriminalität hinausgeht, wollen wir daher die Fähigkeiten der  
413 Strafverfolgungsbehörden zur digitalen Ermittlung verbessern. Dabei behalten wir  
414 die Balance zum Schutz der Grundrechte besonders im Blick – etwa dem Grundrecht  
415 auf informationelle Selbstbestimmung oder auf Unverletzlichkeit der Wohnung.

### 416 **Für eine vielfältige Gesellschaft**

#### 417 **Gemeinsam für eine vielfältige Gesellschaft – gegen Diskriminierung und Hass**

418 Wir erleben jeden Tag, dass Demokratie verteidigt werden muss und  
419 demokratiefeindliche Haltungen und Handlungen sich nicht allein durch Bildung  
420 und Aufklärung bekämpfen lassen. In Zeiten der gesellschaftlichen  
421 Auseinandersetzungen – wie in den vergangenen Jahren um den Umgang mit der  
422 Corona-Pandemie – werden menschenfeindliche Denkmuster und Strukturen, die  
423 Verachtung gegenüber Minderheiten und der Glaube an Verschwörungsmythen  
424 besonders augenfällig. Doch für viele Betroffene waren sie auch vor der Pandemie  
425 tagtäglich spürbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein entschiedenes

426 staatliches Vorgehen gegen Hass-kriminalität und für klare gesetzliche  
427 Regelungen gegen alltägliche Formen der Ausgrenzung.

428 Angetrieben von digitalen Kanälen haben Hassrede und Hasskriminalität in den  
429 letzten Jahren merklich zugenommen. Zum Ziel werden oft Angehörige religiöser  
430 Minderheiten, People of Color, LSBTIQ oder Menschen mit Behinderung – und  
431 zunehmend Personen, die öffentlich für Vielfalt, Demokratie und Toleranz  
432 eintreten, wie Bürgermeister\*innen und ehrenamtliche Kommunalpolitiker\*innen.  
433 Wir sagen Hassrede und Hasskriminalität den Kampf an. Wir stärken die Aufklärung  
434 und Ahndung von Hass im Netz und schaffen für die Meldung, Anzeige und  
435 statistische Erfassung von Hassdelikten zusätzliche Möglichkeiten, die über die  
436 bisherigen Formen hinausgehen (vgl. Starker Rechtsstaat). Programme der  
437 politischen Bildung gegen Hassrede wollen wir ausweiten und zusätzliche  
438 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene schaffen. Außerdem wollen  
439 wir den von der Zivilgesellschaft geforderten Aktionsplan gegen Rassismus auf  
440 den Weg bringen und den strukturellen Rassismus in unseren Institutionen  
441 bekämpfen.

442 Wir schaffen ein Niedersächsisches Antidiskriminierungsgesetz nach dem Vorbild  
443 des Berliner Antidiskriminierungsgesetzes, das einen umfassenden Schutz vor  
444 Diskriminierung durch öffentliche Einrichtungen des Landes und der Kommunen  
445 bietet. Hierdurch schließen wir Rechtsschutzlücken zwischen dem Allgemeinen  
446 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und dem Niedersächsischen  
447 Gleichberechtigungsgesetz (NGG). Wir erleichtern es Betroffenen, gegen  
448 Diskriminierung vorzugehen und schaffen neue Möglichkeiten der Geltendmachung  
449 von Entschädigungs- und Ersatzansprüchen. Zur Durchsetzung der Ansprüche  
450 schaffen wir ein Netz aus dezentralen Antidiskriminierungsbeschwerdestellen, die  
451 vergleichbar mit Datenschutzbeauftragten die Betroffenen beraten und die  
452 Interessen Betroffener gegenüber Behörden vertreten können.

#### 453 **Queeres Leben gehört zu Niedersachsen**

454 Wir treten dafür ein, dass queere sexuelle Orientierungen und geschlechtliche  
455 Identitäten als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft anerkannt und als  
456 solche sichtbar werden. Hierzu werden wir GRÜNEN aktiv beitragen. Eine  
457 queersensible Arbeitsweise und die Verwendung geschlechtergerechter Sprache  
458 machen wir deshalb in den kommenden Jahren in allen Behörden des Landes zum  
459 Standard. Wappengesetz und Fahnenerlass wollen wir anpassen, um das Hissen der  
460 Regenbogenflagge vor öffentlichen Gebäuden einfacher zu ermöglichen. Wir wirken  
461 darauf hin, dass auch für trans\*, inter\* und nichtbinäre Menschen angst- und  
462 diskriminierungsfrei Toiletten in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stehen.  
463 Mit dem Niedersächsischen Antidiskriminierungsgesetz verbessern wir den Schutz  
464 queerer Menschen vor Diskriminierung.

465 Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ein Netzwerk von Beratungs- und  
466 Vernetzungs-strukturen für LSBTIQ-Menschen schaffen und landesweit die Beratung  
467 für trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen stärken. Der Zugang soll  
468 niedrigschwellig ermöglicht werden, um Hemmschwellen abzubauen. Hasskriminalität  
469 gegen queere Menschen bekämpfen wir besser – durch mehr Prävention und eine  
470 gezieltere Strafverfolgung. Wir unterstützen queere Jugendverbände und fördern  
471 den Aufbau queerspezifischer Kompetenzen in der Jugendarbeit. Sportvereine und -  
472 verbände sollen für den Umgang mit queeren Themen sensibilisiert und queere  
473 Sportarbeit besser unterstützt werden (vgl. Niedersachsen in Bewegung).

474 An Schulen soll queeres Leben ein selbstverständlicher Teil des Alltags sein –  
475 ohne die Erfahrung von Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Sensibilisierung für  
476 queere Vielfalt wollen wir als Teil der Lehrer\*innenaus- und Weiterbildung  
477 verankern. Schulen sollen Lehrkräfte als Ansprechpartner\*innen für diese Belange  
478 benennen und klare Regelungen für den nichtdiskriminierenden Umgang insbesondere  
479 mit trans\*, inter\* und nichtbinären Menschen treffen. Projekte zur Aufklärung  
480 über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Schulen wollen wir stärker fördern  
481 und die Förderung verstetigen (vgl. GRÜNE machen Schule).

482 Wir stärken die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung queerer Menschen in allen  
483 Lebensphasen und wirken auf eine bessere Berücksichtigung der Belange von  
484 inter\*, trans\* und nichtbinären Personen in der medizinischen Ausbildung hin.  
485 Wir verbessern die Situation queerer Menschen im Alter, indem wir für ihre  
486 besonderen Bedarfe sensibilisieren, ihre Sichtbarkeit stärken und Projekte für  
487 ein Altern in Würde fördern.

#### 488 **Weltanschauliche Neutralität des Staates**

489 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass niemand aufgrund seiner Religion  
490 oder Weltanschauung benachteiligt wird. Getreu den Prinzipien der  
491 Religionsfreiheit, der Trennung von Kirche und Staat sowie der Gleichbehandlung  
492 der Religionsgemeinschaften treten wir dafür ein, die vielfältigen Beziehungen  
493 von Staat und Religionsgemeinschaften zu klären. Wir setzen uns für ein  
494 konfessionsneutrales, religionswissenschaftlich fundiertes Pflichtfach Religion  
495 und Weltanschauung an niedersächsischen Schulen ein. Es soll unterschiedliche  
496 Sichtweisen vermitteln und Vertreter\*innen verschiedener Religionsgemeinschaften  
497 die Möglichkeit zu einer authentischen Darstellung ihrer Glaubensüberzeugungen  
498 geben. Konfessionsschulen wollen wir im Dialog mit den Religionsgemeinschaften  
499 in Schulen umwandeln, die Kindern aller Bekenntnisse gleichermaßen offenstehen.

500 Bündnis 90/DIE GRÜNEN streben eine finanzielle und institutionelle Entflechtung  
501 von Kirche und Staat und die Ablösung der Staatsleistungen des Landes an die  
502 Kirchen an. Bei der Versorgung mit medizinischen und sozialen Einrichtungen wie  
503 Kitas, Krankenhäuser oder Pflegeheime muss die Wahlfreiheit zwischen kirchlichen  
504 und nicht-kirchlichen Einrichtungen gewährleistet sein. Dies bedeutet auch, dass  
505 an einigen Orten ein Angebot an öffentlichen Einrichtungen geschaffen werden  
506 muss. Das staatlich verordnete Tanzverbot an bestimmten christlichen Feiertagen  
507 wollen wir abschaffen und den Friedhofszwang für Urnenbestattungen  
508 liberalisieren. Zugleich setzen wir uns im Sinne der Gleichbehandlung für eine  
509 vertragliche Grundlage insbesondere mit den islamischen Religionsgemeinschaften  
510 ein, um beispielsweise die Ausbildung von Imamen und muslimischen  
511 Religionslehrer\*innen an öffentlichen Universitäten zu regeln.

#### 512 **Demokratieförderung und politische Bildung**

513 Das Erstarken des Rechtsextremismus in den vergangenen 50 Jahren und die  
514 verschiedenen gefährlichen Strömungen der Demokratieverachtung, die  
515 beispielsweise während der Corona-Pandemie zum Vorschein kamen, machen deutlich:  
516 Ein lebendige Demokratie, die widerstandsfähig ist gegen Rechtsextremismus,  
517 Ressentiments und Verschwörungstheorien, bedarf auch kontinuierlicher Aufklärung  
518 und (Bildungs-)Arbeit.

519 Wir schaffen ein Landesdemokratiefördergesetz, um die zivilgesellschaftliche  
520 Demokratietarbeit langfristig auf ein solides Fundament zu stellen. Es soll das  
521 Demokratiefördergesetz der neuen Bundesregierung ergänzen und die optimale

522 Verzahnung mit Landes- und Bundesförderung zur Stärkung der vielfältigen  
523 zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen in Niedersachsen sicherstellen. Mit großen  
524 und etablierten Einrichtungen ebenso wie mit kleinen Initiativen streben wir  
525 eine enge Zusammenarbeit an. Einen Generalverdacht gegen Initiativen, die sich  
526 in der Arbeit gegen Rechtsextremismus engagieren, und eine Überprüfung durch den  
527 Verfassungsschutz ohne konkreten Anlass lehnen wir ab.

528 Die Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung ist wichtiger denn je. Sie  
529 ist Vorreiterin bei der digitalen Demokratiebildung. Damit spielt sie gerade in  
530 der aktuellen Situation eine Schlüsselrolle, in der - zum Teil gezielte -  
531 Falschinformationen zu einer wesentlichen Gefahr für die öffentliche Debatte  
532 geworden sind. Dennoch haben SPD und CDU die Landeszentrale in ihrer wichtigen  
533 Funktion nicht gestärkt. Wir GRÜNEN werden in den kommenden Jahren zusätzliche  
534 Mittel für die Landeszentrale bereitstellen und ihren Ausbau begleiten. Auch  
535 über die Arbeit der Landeszentrale hinaus ist politische Bildung zentraler  
536 Bestandteil der Bildungsarbeit. Den anerkannten Träger\*innen nach den  
537 Niedersächsischen Erwachsenen-bildungsgesetz wollen wir politische Bildung  
538 finanziell besser vergüten und die Demokratiebildung an Schulen durch  
539 entsprechende Lehrer\*innenfortbildungen und begleitende Projekte fördern (vgl.  
540 GRÜNE machen Schule).

### 541 **Demokratie lebt von Beteiligung**

542 Hunderttausende Kinder und Jugendliche haben auf Demonstrationen für einen  
543 ernsthaften Klimaschutz mehr demokratische Mitsprache eingefordert und ihre  
544 Bereitschaft gezeigt, politische Verantwortung zu übernehmen. Viele politische  
545 Entscheidung, die wir heute treffen, werden in höchstem Maße über ihre  
546 Zukunftschancen entscheiden. Deshalb wollen wir das Wahlalter bei Kommunal- und  
547 Landtagswahlen auf 14 Jahre senken. Hierfür ist im Fall der Landtagswahl eine  
548 Änderung der Landesverfassung mit Zweidrittelmehrheit erforderlich.  
549 Perspektivisch setzen wir uns dafür ein, dass auch Menschen unter 14 Jahren bei  
550 Kommunalwahlen wählen können.

551 Die Chancen direkter Demokratie wollen wir GRÜNEN im Land und in den Kommunen  
552 besser nutzen. Oftmals sind es Volks- und Bürger\*innenentscheide, die wichtige  
553 Veränderungen anstoßen, wo die Politik noch zu zögerlich ist. So war es das –  
554 auch von uns GRÜNEN zusammen mit Umweltverbänden vorangetriebene – Volksbegehren  
555 Artenvielfalt.Jetzt!, das SPD und CDU dazu gebracht hat, endlich konkrete  
556 Schritte für mehr Artenschutz einzuleiten. Deshalb wollen wir die Hürden für  
557 zukünftige Volks- und Bürger\*innenentscheide senken und die möglichen  
558 Themenfelder für Bürger\*innenentscheide ausweiten.

559 Transparenz und der Zugang zu Informationen sind wichtige Voraussetzungen für  
560 eine effektive öffentliche Kontrolle des Regierungshandelns. Durch die Blockade  
561 von SPD und CDU ist Niedersachsen eines der letzten Bundesländer ohne ein  
562 Informationsfreiheitsgesetz. Wir werden ein solches Gesetz einführen und so  
563 allen Bürger\*innen den Zugang zu bei öffentlichen Stellen vorhandenen amtlichen  
564 Informationen geben. Darüber hinaus sollen staatliche Stellen grundsätzlich zu  
565 einer verbesserten, aktiven Information der Öffentlichkeit über relevante  
566 Entwicklungen verpflichtet werden.

### 567 **3. Gleichstellung und Feminismus**

568 Noch immer beeinflusst das Geschlecht die Chancen, die ein Mensch in seinem  
569 Leben erhält. Noch immer erhalten viele Frauen für die gleiche oder

570 gleichwertige Arbeit einen niedrigeren Lohn, eine niedrigere Rente und oft  
571 weniger soziale Sicherheit. Noch immer treffen überwiegend Männer politische  
572 Entscheidungen in unserer Gesellschaft. Und noch immer werden in vielen  
573 Lebensbereichen vor allem die Bedürfnisse von Männern als der „Normalfall“  
574 betrachtet. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen, inter\* und trans\*  
575 Personen ist ein Grundstein GRÜNER Politik und durchzieht unsere Programmatik  
576 als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche (Gender Mainstreaming). Dies  
577 betrifft die Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Verhütung, sicheren  
578 Schwangerschaftsabbrüchen und Geburtshilfe, aber auch die Stärkung der  
579 finanziellen Unabhängigkeit von Frauen, die Förderung von Frauen in der  
580 Wissenschaft, eine feministische Verkehrsplanung sowie die Vereinbarkeit von  
581 Familie und Beruf.

582 Wir wollen gesellschaftlich festgefügte Machtstrukturen aufbrechen und kommenden  
583 Generationen ein größeres Maß an Freiheit und Selbstbestimmung jenseits  
584 überkommener Rollenbilder ermöglichen. Ein Schlüssel hierzu ist die  
585 Bildungspolitik. Wir GRÜNEN wollen den kritischen Umgang mit Geschlechterrollen  
586 und patriarchalen Machtstrukturen fest im Lehrplan der niedersächsischen Schulen  
587 und im schulischen Alltag sowie – altersgerecht aufbereitet – in den Kitas  
588 verankern, Lehrmaterialien überarbeiten und pädagogisches Personal entsprechend  
589 aus- und fortbilden (vgl. Niedersachsen macht Schule). Gendersensible Erziehung  
590 etablieren wir in Kitas und Schulen. Dazu gehört auch die Stärkung einer  
591 Konsenskultur und gute Sexuaufklärung. „Nein heißt Nein“ und vor allem „Nur Ja  
592 heißt Ja“ sind Grundsätze, die von Beginn an im Zentrum der pädagogischen Arbeit  
593 stehen müssen.

594 Bei der Aufstellung des Landeshaushaltes als einem zentralen  
595 Steuerungsinstrument wollen wir GRÜNEN Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit  
596 systematisch berücksichtigen (Gender Budgeting). In einem ersten Schritt lassen  
597 wir zwei geeignete Bereiche des Landeshaushaltes durch externe Expert\*innen auf  
598 Fragen der Geschlechtergerechtigkeit untersuchen, um die breite Einführung des  
599 Gender Budgeting vorzubereiten.

600 Im Dialog mit der Ampelkoalition im Bund, der Wirtschaft und den Gewerkschaften  
601 setzen wir uns für die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen\* ein, die heute  
602 immer noch im Durchschnitt weit weniger verdienen und deutlich stärker von  
603 (Alters-)Armut betroffen sind als Männer. Wir treten ein für einen  
604 existenzsichernden Mindestlohn, die Umwandlung von Minijobs in reguläre  
605 Beschäftigungsverhältnisse, einen Ausbau der Kinderbetreuung, eine gerechtere  
606 Aufteilung unbezahlter Fürsorge- und Hausarbeit sowie die Ersetzung des  
607 Ehegattensplittings für in Zukunft geschlossene Ehen durch den Grundsatz der  
608 Einzelveranlagung mit übertragbaren Grundfreibeträgen.

### 609 **Frei leben ohne Gewalt**

610 Jede dritte Frau in Deutschland erfährt in ihrem Leben Gewalt. Diese Gewalt ist  
611 das Produkt einer von sexistischen Strukturen geprägten Gesellschaft, die Frauen  
612 abwertet und zum Objekt macht und Männer zu Tätern werden lässt. Sie ist das  
613 Produkt von stereotypen Rollenbildern, die unsere Alltagskultur dominieren, die  
614 in Film und Fernsehen, in Kinderbüchern und Computerspielen, in vermeintlich  
615 harmlosen Sprüchen und sexistischen Witzen transportiert werden. Dieser Kultur  
616 der Gewalt sagen wir den Kampf an.

617 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen bedingungslos für die Umsetzung der Istanbul-  
618 Konvention zum Schutz von Frauen vor häuslicher und sexualisierter Gewalt.

619 Gewaltschutz wollen wir als ressortübergreifende Aufgabe verankern und eine  
620 Gesamtstrategie Frei leben ohne Gewalt zum Gewaltschutz umsetzen. Dabei braucht  
621 es durchgängig einen Blick auf die besondere Situation von Migrantinnen, Frauen  
622 mit Behinderung, LSBTIQ-, Drogen gebrauchenden Frauen, Frauen in Armut und  
623 wohnungs- und obdachlosen Frauen (intersektionale Perspektive). Wir begrüßen die  
624 Ankündigung der neuen Bundesregierung, sich verstärkt bei der Finanzierung zu  
625 beteiligen. Hohe Priorität haben für uns in diesem Kontext die Schaffung neuer  
626 Frauenhausplätze und die Qualitätssicherung in Frauenhäusern durch  
627 Mindeststandards bei der Ausstattung, damit jeder Frau in Not angemessen  
628 geholfen werden kann, sowie der Ausbau der Beratungsstellen. Zusammen mit den  
629 landesweiten Beratungsstellen bilden die Frauenhäuser das Zentrum des  
630 Gewaltschutznetzes. Deswegen muss eine auskömmliche Finanzierung gesichert und  
631 etwa auch der Aufenthalt von Kindern gewaltbetroffener Frauen angemessen  
632 berücksichtigt werden. Durch bessere Beratung wollen wir erreichen, dass Frauen  
633 im Anschluss an einen Aufenthalt schnell eine eigene Wohnung finden – etwa indem  
634 wir ein Kooperationsmodell mit Vermieter\*innen und Wohnungsgenossenschaften  
635 unterstützen. Für Frauen in besonders schwierigen Situationen – etwa ohne  
636 gesicherten Aufenthaltsstatus – wollen wir auch eine besonders geschützte, zum  
637 Beispiel anonyme, Aufnahme ermöglichen.

638 Auch die Beratungsstrukturen wollen wir ausbauen und ihre Finanzierung sichern,  
639 damit von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen einfacher Zugang zu  
640 Hilfsangeboten erhalten. Auch die so wichtige Präventions- und  
641 Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen muss ausreichend finanziell  
642 abgesichert sein. Unser Ziel ist es, dass jede von häuslicher oder  
643 sexualisierter Gewalt betroffene Frau weiß, wohin sie sich wenden kann, und dort  
644 sicher Hilfe bekommt. Wir wollen die von SPD und CDU gestrichene  
645 Koordinierungsstelle der nds. Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt  
646 wieder und dauerhaft finanzieren. Nachsorgende Maßnahmen, insbesondere  
647 Psychotherapieplätze, wollen wir endlich in ausreichendem Maß schaffen (vgl.  
648 Gesundheit und Pflege).

649 Wir wollen sowohl die Gewaltprävention als auch die Strafverfolgung von  
650 Gewaltdelikten und Hasskriminalität gegen Frauen, queere Menschen, inter\* und  
651 trans\* Personen stärken. Hierzu gehört für uns neben der Sensibilisierung von  
652 Polizei und Justiz auch ein Ausbau der Täterarbeit, um Wiederholungstaten zu  
653 verhindern. Frauenfeindliche und queerfeindliche Straftaten, insbesondere  
654 Femizide, sollen in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert erfasst und so  
655 sichtbarer gemacht werden. Besonders von Gewalt betroffen sind Frauen, die  
656 beispielsweise als Zwangsprostituierte zu Opfern organisierten Menschenhandels  
657 werden. Im Einklang mit den Empfehlungen des Kriminologischen  
658 Forschungsinstituts Niedersachsen wollen wir die Spezialisierung und  
659 Schwerpunktbildung bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden voranbringen,  
660 um organisierten Menschenhandel effektiver zu bekämpfen und Betroffene besser zu  
661 schützen (vgl. Starker Rechtsstaat Niedersachsen). Unterstützungs- und  
662 Beratungsangebote für Betroffene (z. B. Ausstiegsprogramme) werden wir  
663 langfristig finanziell absichern. Gleichzeitig wenden wir uns gegen die  
664 Stigmatisierung von freiwilliger Sexarbeit und setzen uns für eine Verbesserung  
665 der Rechte und Versorgung von Sexarbeiter\*innen ein.

666 Wir werden die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zur Prävention von  
667 sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen aktiv  
668 begleiten und unterstützen. Für alle einschlägigen Einrichtungen des Landes,

669 etwa Geflüchtetenunterkünfte, setzen wir konsequent auf die (Weiter-)Entwicklung  
670 von Gewaltschutzkonzepten. Der besonderen Gefährdung von Mädchen und Frauen mit  
671 Behinderung wollen wir durch verstärkte Aufklärungskampagnen begegnen.

## 672 **Die Hälfte der Macht**

673 Noch immer treffen überwiegend Männer zentrale politische Entscheidungen, weil  
674 Frauen und andere Geschlechter in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen  
675 stark unterrepräsentiert sind. Nach der letzten Landtagswahl lag der Anteil der  
676 Frauen im Landtag bei lediglich 27 Prozent. Deshalb streben wir eine  
677 verfassungsfeste, paritätische Wahlrechtsreform an, um den Anteil von Frauen im  
678 Landtag und in den kommunalen Vertretungen zu erhöhen.

679 Im öffentlichen Dienst werden Führungspositionen noch immer viel zu selten mit  
680 Frauen besetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Niedersächsische  
681 Gleichberechtigungsgesetz stärken, um dies zu ändern – etwa durch Festlegung  
682 eines Mindestanteils weiblicher Führungskräfte und die Verpflichtung, vakante  
683 Stellen öffentlich auszuschreiben. Darüber hinaus sollen alle Kommunen, die  
684 nicht Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde sind, eine hauptamtlich arbeitende  
685 Gleichstellungsbeauftragte erhalten. Zugleich wollen wir Mindeststandards für  
686 die Personalausstattung der Gleichstellungsstellen festlegen, damit angemessene  
687 und wirksame Gleichstellungsarbeit auch in Zeiten knapper Kassen gesichert ist.  
688 Die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten wollen wir stärken, indem wir  
689 für eine Abwahl dieselben hohen Voraussetzungen wie für die Abwahl kommunaler  
690 Wahlbeamt\*innen festlegen.

691 Auch in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen sind Frauen immer noch stark  
692 unter-repräsentiert. Deshalb streben wir an, dass in allen Unternehmen mit  
693 Landesbeteiligung die Vorstände und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte mindestens  
694 zur Hälfte mit Frauen\* besetzt werden. Wo das Land selbst Personen in  
695 Aufsichtsräte entsendet, werden wir diese Plätze mindestparitätisch besetzen.

## 696 **Niedersachsens Kultur und Medien: So vielfältig wie unser Land**

697 Kunst und Kultur schaffen Orte der Begegnung, der gesellschaftspolitischen  
698 Debatte und lebendiger Demokratie. Sie bieten uns Perspektiven für Gegenwart und  
699 Zukunft, schaffen Reflexionsorte für soziale Entwicklungen und sind zugleich  
700 Impulsgeber für Neues. Damit können sie gesellschaftliche Prozesse gestalten und  
701 haben das Potenzial, Integration und Teilhabe zu fördern. Kunst und Kultur sind  
702 elementare Bausteine offener und demokratischer Gesellschaften. Eine lebendige  
703 und breite Kulturlandschaft braucht große Theater und Museen genauso wie die  
704 freie Kulturszene, Off-Theater, Kinos, Konzerte, Pop-up-Galerien,  
705 Soziokulturelle Zentren und sich stetig neu entwickelnde Formate. Die Kulturorte  
706 müssen jedoch nicht nur vorgehalten werden – es braucht auch die Künstler\*innen  
707 und Kulturschaffenden, die mit ihrer Arbeit diese Orte füllen. Niedersachsen hat  
708 eine enorme kulturelle und künstlerische Vielfalt – von Tanz und Theater, über  
709 den Film, die Literatur, die Musik bis zu den Museen. Diese gilt es zu erhalten  
710 und weiterzuentwickeln.

711 Aktuell leidet die Kulturbranche besonders unter den Auswirkungen der Corona-  
712 Pandemie. Diese hat zudem ein Schlaglicht darauf geworfen, dass Kultur oftmals  
713 unter prekären Bedingungen entsteht. Die Kultur braucht deshalb bessere  
714 Rahmenbedingungen: Faire Arbeitsverhältnisse mit auskömmlichen Entgelten,  
715 bezahlbare Infrastruktur sowie Vernetzungs- und Beratungsangebote. Deshalb  
716 unterstützen wir beispielsweise die Forderung der Theaterschaffenden nach

717 Honoraruntergrenzen bzw. des Bundes Bildender Künstler (BBK) nach angemessenen  
718 Ausstellungshonoraren und fairen Ankaufspreisen bei Kunstwerken für den  
719 öffentlichen Raum.

#### 720 **Verlässliche Strukturen für künstlerische Arbeit**

721 Um die Vielfalt der Kultur zu sichern, muss das Land verlässlich zur  
722 Planungssicherheit für Kulturschaffende und Kulturträger beitragen. Für uns  
723 GRÜNE gehört dazu auch die Übernahme von Tarifsteigerungen im Rahmen von  
724 institutionellen Förderungen etwa an den Theatern oder die Fortführung der  
725 Spielstättenförderung im Bereich der freien Theater. Von der kurzfristigen  
726 Projektförderung bis zur langfristigen und dynamisierten institutionellen  
727 Förderung: Die Förderverfahren müssen vereinfacht und entbürokratisiert sowie  
728 mit verlässlichen und professionellen Informations- und Beratungsstrukturen  
729 ergänzt werden. Neben Projektförderungen sind strukturelle und institutionelle  
730 Förderungen notwendig, um Kulturangebote kontinuierlich vorhalten zu können. Die  
731 aktuellen Förderstrukturen entwickeln wir gemeinsam mit den Kulturfachverbänden  
732 sowie den Landschaften und Landschaftsverbänden weiter, damit diese so effektiv  
733 und passgenau wie möglich wirken – im Zusammenspiel mit Förderprogrammen des  
734 Bundes und kommunaler Förderung. Darüber hinaus brauchen die Kulturfachverbände  
735 Verlässlichkeit und Kontinuität, um als stabile Partner\*innen ihre Mitglieder zu  
736 unterstützen. Wir GRÜNEN stellen sicher, dass Kultur in Zeiten knapper Kassen  
737 nicht immer als Erstes auf dem Prüfstand steht und entwickeln eine verlässliche  
738 Förderstrategie. Wir wollen eine kohärente und verlässliche Kulturpolitik, die  
739 Kulturschaffenden langfristige und verlässliche Perspektiven bietet. Dazu  
740 etablieren wir gemeinsam mit den Landeskulturverbänden, den Landschaften und  
741 Landschaftsverbänden sowie den Kulturschaffenden eine verbindliche  
742 Kulturentwicklungsplanung, die in regelmäßigen Abständen evaluiert und angepasst  
743 wird.

744 Gerade in den ländlichen Räumen in Niedersachsen blühen kulturelle Traditionen  
745 und Innovationen in einer beachtlichen Vielfalt – vielfach von hohem  
746 bürgerschaftlichen Engagement getragen. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende  
747 sichern mit ihrer Arbeit nicht nur die kulturelle Grundversorgung, sondern sind  
748 Diskurs- und Versammlungsorte, Impulsgeber\*innen für zukunftsweisende Projekte,  
749 Vernetzungsplattform lokaler Akteur\*innen und Anlaufpunkte für internationale  
750 Künstler\*innen. Um die Kulturarbeit vor Ort zu erhalten, zu stärken und  
751 weiterzuentwickeln, setzen wir in unserer GRÜNEN Kulturförderstrategie einen  
752 Schwerpunkt auf den ländlichen Raum. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende  
753 wollen wir mit Beratungs-, Schulungs- und Professionalisierungsangeboten sowie  
754 dem Auf- und Ausbau von (digitalen) Netzwerkstrukturen und Kooperationen,  
755 beispielsweise mit Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und  
756 Hochschulen, unterstützen. Neben stabilen und verlässlichen Förderstrukturen  
757 brauchen Kunst und Kultur aber auch ganz praktisch genügend Räume. Damit  
758 steigende Bodenpreise und Gewerbemieten Kultureinrichtungen wie Kinos und  
759 Galerien nicht gefährden, setzen wir uns für die Einführung einer  
760 Gewerbemietpreisbremse ein. Wir werden Konzepte kreieren und fördern, die  
761 klassische Kultureinrichtungen wie beispielsweise Bibliotheken und Museen zu  
762 hybriden Kultur-, Wissens-, Lern- und Kommunikationsorten weiterentwickeln. Dass  
763 Clubs als kulturelle Orte anerkannt sind, hilft, sie vor Verdrängung zu  
764 schützen. Mit einem Lärmschutzfonds unterstützen wir sie bei der energetischen  
765 sowie akustischen Sanierung.

#### 766 **Freiräume schaffen: Digital und analog**



767 Kultur braucht Freiraum. Denn Kultur ist immer in Bewegung und verändert sich.  
768 Zudem bedeutet künstlerisches Arbeiten, immer wieder Neues auszuprobieren.  
769 Gerade in der Pandemie haben Kunst- und Kulturschaffende ihre Flexibilität und  
770 Kreativität bewiesen. Viele Angebote, die Künstler\*innen während der Lockdowns  
771 entwickelt haben, zeichnen sich durch neue digitale Konzepte aus. Kultur findet  
772 aber auch unabhängig davon zunehmend im digitalen Raum statt und neue Genres,  
773 die ihren Ursprung in der digitalen Welt haben, gewinnen an Bedeutung. Die  
774 Digitalisierung ermöglicht dabei neue Formen der Kommunikation zwischen  
775 Kulturakteur\*innen und Kulturkonsument\*innen. Die kulturelle Partizipation, z.  
776 B. durch die Integration von digitalen Inhalten, die von den Nutzer\*innen  
777 kultureller Angebote geschaffen wurden (user generated content) und der Auf- und  
778 Ausbau generationsübergreifender digitaler und hybrider Angebote gehören dazu.  
779 Deshalb werden wir GRÜNEN das Investitionsprogramm für kleine  
780 Kultureinrichtungen so weiterentwickeln, dass diese die digitalen Möglichkeiten  
781 effizient und kreativ nutzen können. Darüber hinaus bringen wir neue  
782 Förderprogramme für innovative Konzepte – u. a. auch für Solokünstler\*innen –  
783 auf den Weg, die an die aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen angepasst  
784 sind.

785 Kunst und Kultur sind wichtig für die ökologisch-soziale Modernisierung: Zum  
786 einen, indem sie mit großem Einsatz ihren Ressourcenverbrauch reduzieren, zum  
787 anderen indem sie immer wieder Impulse für eine nachhaltig agierende  
788 Gesellschaft geben. Projekte der neuen Bundesregierung wie die Einrichtung einer  
789 Green Culture Desk-Beratungsstelle und eines Green Culture Fonds unterstützen  
790 wir GRÜNEN aus Niedersachsen. Wir wollen die Bestrebungen des Bundes und der  
791 Kulturstiftungen mit eigenen Förder- und Beratungsangeboten flankieren und sie  
792 damit zu einem wichtigen Bestandteil der niedersächsischen Kulturpolitik machen.

#### 793 **Kulturelle Bildung und Teilhabe stärken**

794 Kulturelle Bildung unterstützt Kinder und Jugendliche in ihrer  
795 Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb brauchen Kinder und Jugendliche unabhängig  
796 von Elternhaus und Wohnort barrierearmen Zugang zu Kunst und Kultur. Wir stellen  
797 uns der Herausforderung, dies verstärkt in den wachsenden Ganztagsschulbetrieb  
798 zu integrieren. Die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung in Niedersachsen  
799 ist hierbei ein zentraler Partner, dessen wichtige Arbeit wir auch weiterhin  
800 unterstützen werden.

801 Kulturelle Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, steht in der Verantwortung aller  
802 Akteur\*innen der Kultur. Um den Zugang zu Kultur erleichtern, wollen wir daher  
803 Kultureinrichtungen unterstützen, sich weiter für neue Publikumsschichten zu  
804 öffnen. Mit Programmen zur Umnutzung (leerstehender) Räume zu „Dritten Orten“,  
805 also Orten der Gemeinschaft als Ausgleich zu Beruf und Familie, wollen wir  
806 zusätzliche und neue Zugänge zu kultureller Bildung ermöglichen. Kulturelle  
807 Vielfalt ist für uns GRÜNE Ausdruck gesellschaftlicher Stärke. In einer pluralen  
808 Gesellschaft wollen wir möglichst viele Menschen aus verschiedenen Milieus und  
809 Generationen zusammenbringen und transkulturelle Begegnungen fördern. Der Zugang  
810 zu Kultur darf nicht von Herkunft, Alter, finanzieller Lage, Behinderung oder  
811 Wohnort abhängig sein. Dazu gehören auch barrierefreie Zugänge und Kommunikation  
812 in Leichter Sprache.

#### 813 **Erinnerungskultur stärken und weiterentwickeln**

814 Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen ist grundlegend für unser  
815 politisches Selbstverständnis. Rechte Kräfte haben unserer demokratischen

816 Erinnerungskultur und ihren Institutionen längst den Kampf angesagt. Es sind  
817 Diskursverschiebungen zu beobachten, die darauf zielen, die Verbrechen des  
818 nationalsozialistischen Deutschlands zu relativieren. Es ist daher umso  
819 wichtiger, die Erinnerungskultur zu stärken und zeitgemäß weiterzuentwickeln.  
820 Wir unterstützen die vielfältigen Formen des Erinnerns in Schulen,  
821 Bildungsstätten, Kommunen und Gedenkstätten und fördern ihre notwendige  
822 Weiterentwicklung. Da immer weniger Zeitzeugen leben, steigt die Bedeutung von  
823 Gedenkstätten und Lernorten an Original(schau)-plätzen. Diese wollen wir  
824 besonders stärken.

825 Wir treiben die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den niedersächsischen  
826 Ministerien, Behörden und öffentlichen Einrichtungen nach dem Vorbild mehrerer  
827 Bundesministerien voran. Personelle und strukturelle Kontinuitäten in der Zeit  
828 nach 1945 sollen überprüft und offengelegt werden. Dazu gehört für uns auch, die  
829 zunehmende interkulturelle Vielfalt der Migrationsgesellschaft sowie den  
830 Generationenwechsel zur dritten und vierten Nachkriegsgeneration zu  
831 berücksichtigen. Ein Ausgangspunkt kann hier die Anerkennung von Leid ganzer  
832 Menschengruppen stehen – unabhängig von der eigenen Familiengeschichte. Dazu  
833 gehört auch die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit. Das von uns  
834 GRÜNEN initiierte Netzwerk Provenienzforschung, das die Aufarbeitung  
835 systematischen Kunstraubs unterstützt und den Museen bei der Klärung der  
836 Herkunft von Kunstgegenständen hilft, werden wir weiterentwickeln.

### 837 **Vielfältige Medienlandschaft**

838 Niedersachsens Medienlandschaft ist vielfältig - Vom überregionalen Rundfunkhaus  
839 über die Regionalzeitung bis hin zum lokalen Bürgerradio - alle versorgen Sie  
840 die Niedersächs\*innen mit guter Information. Grundlage guter Medienangebote sind  
841 gut ausgebildete Journalist\*innen. Wir GRÜNEN honorieren in der  
842 Landesmedienförderung Medienhäuser besonders, die einen Fokus auf die Ausbildung  
843 des journalistischen Nachwuchses setzen und auf die Stärkung regionalen und  
844 kommunaler Themen in der redaktionellen Arbeit setzen, um gerade vor Ort eine  
845 vielfältige Berichterstattung sicherzustellen und der Medienkonzentration  
846 entgegenzuwirken. Zudem wollen wir ein Sonderförderprogramm für neue  
847 journalistischen Verbreitungsformen und der übergreifenden Zusammenarbeit, wie  
848 bspw. Netzwerkplattformen und Rechercheverbänden auf den Weg bringen. Das  
849 Bestreben der Ampelregierung im Bund, Rechtssicherheit für gemeinnützigen  
850 Journalismus zu schaffen, unterstützen wir aus Niedersachsen heraus und setzen  
851 uns für die Aufnahme von Gewinnzweckfreiem Journalismus in den Zweckkatalog der  
852 Abgabenordnung ein.

853 Das Landesmediengesetz ändern wir, um die Landesmedienanstalt angemessen  
854 auszustatten, aber auch um ausreichend Mittel für die Förderung der Bürgermedien  
855 wie den nichtkommerziellen Lokalfunk und das Lokalfernsehen bereitzustellen. Die  
856 Filmförderung in Niedersachsen ergänzen wir um eine Förderung für  
857 journalistische Reportagen und Dokumentationen und verbessern die Games-  
858 Förderung. Ebenso wollen wir unserer Verantwortung nachkommen, das Kulturgut  
859 Medien zu erhalten: u. a. durch die verstärkte Digitalisierung und öffentlich  
860 zugängliche Archivierung historischer Filme, Reportagen und Printprodukte.

### 861 **Niedersachsen engagiert sich**

#### 862 **Zivilgesellschaft unterstützen – Bürgerschaftliches Engagement stärken**

863 Eine starke demokratische Gesellschaft braucht Ehrenamtliche. In Niedersachsen  
864 engagieren sich rund 3,7 Millionen Menschen freiwillig für das Gemeinwohl: in  
865 klassischen Ehrenämtern im Verein oder in Parteien, in Freiwilligendiensten, bei  
866 der Feuerwehr, in Bürgerinitiativen. Ob als langjähriges Engagement oder spontan  
867 bei einem kurzfristigen Projekt – die Formen des Engagements sind so vielfältig  
868 wie die Niedersächs\*innen.

869 Wir GRÜNEN verbessern die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement –  
870 dazu bringen wir eine Ehrenamtsstrategie auf den Weg. Wir schaffen  
871 Unterstützungsstrukturen für zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine, um  
872 Menschen aller Altersgruppen und Herkünfte zum Engagement zu motivieren sowie um  
873 den Herausforderungen der modernen Formen des Engagements und der  
874 Digitalisierung gerecht zu werden. Gerade das Engagement von Menschen mit  
875 Migrationsgeschichte werden wir fördern und stärker sichtbar machen.  
876 Ehrenamtliches Engagement braucht hauptamtliche Strukturen, wie professionelle  
877 Vereinsgeschäftstellen oder Freiwilligenagenturen, die wir verlässlich  
878 finanzieren. Neue Modelle wie Förderscouts bringen wir auf den Weg: Sie helfen  
879 Engagierten, in der Vielfalt der Förderlandschaft erfolgreich Fördergelder für  
880 gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen.

881 Freiwilligendienste bauen wir in allen Bereichen für die verschiedenen  
882 Zielgruppen aus. Engagement braucht Wertschätzung – in allen Altersgruppen:  
883 Ehrenamtskarten, Fortbildungs-möglichkeiten und vergünstigte Nutzungsangebote  
884 für öffentliche Infrastrukturen wie Nahverkehr. Wir GRÜNEN schnüren ein Bündel  
885 an Maßnahmen für mehr Anerkennung.

#### 886 **Niedersachsen ist sportlich – Von der Breite bis zur Spitze**

887 Sport stärkt das Wohlbefinden und die Gesundheit des Individuums und den  
888 Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Er leistet an vielen Stellen einen wichtigen  
889 Beitrag zur Integration und Inklusion. Wir GRÜNEN setzen uns für flächendeckende  
890 Sportförderung ein und wollen allen Menschen den Zugang zum Sport ermöglichen.  
891 Voraussetzung dafür sind gute Sportstätten in Stadt und Land – vom Stadion bis  
892 zum Schwimmbad. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen. Wir  
893 unterstützen die Kommunen stärker dabei, Sportstätten und Bäder zu erhalten und  
894 möglichst barrierefrei auszubauen. Spiel- und Bewegungsförderung sowie  
895 Gesundheitsprävention durch Sport sind von Kindesbeinen an wichtig. In der  
896 Schule sind tägliche, vielfältige und möglichst inklusive Sportangebote und eine  
897 bessere Verankerung im Ganzttag unabdingbar (vgl. Niedersachsen macht Schule).  
898 Teilhabemodelle, die das Miteinander behinderter und nichtbehinderter Menschen  
899 beim Sport stärken, werden wir im Schul- und Breitensport ausbauen. Kindern und  
900 Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien muss die gleichberechtigte  
901 Teilnahme am Vereinssport möglich sein.

902 Unser Breitensport ist getragen durch das vielfältige ehrenamtliche Engagement,  
903 das wir GRÜNEN stärken wollen. Der Sport hat unter Corona stark gelitten. Neben  
904 finanziellen Nothilfen braucht es zukunftsfähige Konzepte, um den Rückgang der  
905 Mitgliedszahlen in Vereinen zu stoppen und Engagement wieder attraktiv zu  
906 machen. Hierbei möchten wir die Vereine unterstützen. Sport findet aber nicht  
907 nur im Verein statt. Es gibt vielfältige Formen des gemeinsamen sportlichen  
908 Engagements. Dies muss auch in der Sportförderung sichtbar sein. Neue Formen des  
909 gemeinsamen Sportes und neue Sportarten, wie beispielsweise E-Sports, werden  
910 zukünftig stärker von der Sportförderung des Landes profitieren.

911 Sportvereine spielen eine wichtige Rolle beim gesellschaftlichen Miteinander.  
912 Wir GRÜNEN sprechen uns klar gegen Gewalt und Diskriminierung im Sport aus.  
913 Sexismus, Homophobie, Rechtsextremismus und Antisemitismus haben im Sport nichts  
914 zu suchen. Sportverbände und -vereine, Fanprojekte und Fanbeauftragte  
915 unterstützen wir bei ihrem Einsatz für Vielfalt und Toleranz und in der queeren  
916 Sportarbeit (vgl. Queeres Leben gehört zu Niedersachsen).

#### 917 **Niedersachsen in Europa und der Welt**

918 Wichtige Weichen für den Klima- und Umweltschutz sowie die ökologisch-soziale  
919 Trans-formation der Wirtschaft werden in Europa gestellt. Wir GRÜNEN bringen uns  
920 als starke Stimme aus Niedersachsen für Europa in Brüssel und Berlin ein. Für  
921 uns sind die Grundwerte der EU von entscheidender Bedeutung. Wir setzen uns auf  
922 allen Ebenen für die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie,  
923 Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte ein. Das  
924 europäische Recht setzt wichtige Mindeststandards, die wir GRÜNEN konsequent  
925 umsetzen. Wir unterstützen in einem fairen Welthandel nur Handelsabkommen, die  
926 hohe Sozial- und Umweltstandards umfassen, die transparente Klagerechte  
927 ermöglichen und den freien Zugang zur Daseinsvorsorge stärken. Die Ziele für  
928 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) und die konsequente  
929 Umsetzung des Green Deal sind für uns GRÜNE in allen Politikfeldern  
930 handlungsleitend.

#### 931 **Europa erfahrbar machen**

932 Wir GRÜNEN bringen Europa nach Niedersachsen. Die Niedersächs\*innen sind  
933 engagierte Europäer\*innen – das soll gefeiert werden: mit einem jährlichen  
934 Europafest des Landes und der Regionen, das die Vielfalt des Europaengagements  
935 sichtbar macht. Um noch stärker für Europa zu begeistern, stärken wir das  
936 Europäische Informationszentrum (EIZ) und die Europaschulen, bauen das  
937 Besuchsprogramm für interessierte Bürger\*innen der Landesvertretung in Brüssel  
938 aus und stärken den europäischen Austausch für Schüler\*innen und Auszubildende.  
939 Wir treiben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen insbesondere im  
940 Dreiländereck mit den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen voran.

#### 941 **Niedersachsens Verantwortung in der Welt**

942 Niedersachsens Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind global  
943 vernetzt. Globales Zusammenwachsen bedeutet für uns GRÜNE, Kooperation in vielen  
944 Dimensionen zu denken: Ökologisch, ökonomisch nachhaltig,  
945 menschenrechtsorientiert, zivilgesellschaftlich verankert und inklusiv. Das  
946 europäische und internationale Engagement des Landes ergänzen wir durch  
947 Kooperationen mit weiteren Ländern – insbesondere in Lateinamerika und auf dem  
948 afrikanischen Kontinent. Wir schaffen transparente Kriterien für die Auswahl der  
949 Partnerländer und die konkreten Kooperationsprojekte.

950 Niedersachsen ist Teil der globalen Verflechtungsgeschichte Europas und  
951 Deutschlands. Wir bringen die kritische Auseinandersetzung mit dem gemeinsamen  
952 (post-)kolonialen Erbe in Schulen, Ausbildung, Fortbildung und Universitäten  
953 voran und arbeiten dieses auf. Die Entwicklungskooperationen des Landes richten  
954 wir am Leitbild der Globalen Verantwortung aus der Region aus. Wir evaluieren  
955 und aktualisieren die Entwicklungspolitischen Leitlinien. Die Eine-Welt-  
956 Promotor\*innen und Globales-Lernen-Programme stellen wir langfristig besser auf,  
957 bringen eine landesweite Kampagne zum fairen Handel auf den Weg und unterstützen  
958 interessierte niedersächsische Kommunen dabei, Fair Trade Town zu werden.